



Änderungsantrag

der Fraktion der Piraten

EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen

zu der Drucksache 18/1458

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für einen Abbruch der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA und gegen die Annahme eines solchen Abkommens einzusetzen.

Begründung:

1. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) sind schon deshalb abzubrechen, um Druck auf die USA auszuüben, ihre weltweite und wahllose Ausspähung der vertraulichen Telekommunikation und Internetnutzung aller Nicht-US-Staatsbürger einzustellen.
2. Des weiteren werden die Verhandlungen über das geplante Abkommen auf der Grundlage größtenteils geheimer Verhandlungspositionen hinter verschlossenen Türen geführt. Der Öffentlichkeit wird eine Mitbestimmung verweigert. Da dieses Verhandlungsverfahren üblich und im EU-Recht verankert ist, ist die Hoffnung auf transparente Verhandlungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit zurzeit illusorisch. Die EU-Kommission hat auch nicht ihr Versprechen eingelöst, Berater aus dem Kreis zivilgesellschaftlicher Organisationen zu berufen.
3. Zweck jedes Freihandelsabkommens ist das Verbot von Einschränkungen des freien Handels. Gerade im Fall der USA gibt es wegen dort unzureichender Grundrechts-, Menschenrechts-, Sozial-, Arbeitsschutz-, Verbraucherschutz-, Naturschutz- und Umweltschutzstandards aber sehr gute Gründe für Han-

delsbeschränkungen, soweit sie nach den einschlägigen Vorgaben der Welthandelsorganisation zulässig sind. Das Abkommen droht zum Einfallstor für Konzernklagen, Fracking, unregulierte Finanzdienstleistungen und Monopolrechte der Content-Industrie zu werden. Es droht eine weitere Zersplitterung des Welthandelsregimes.

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig - nicht zu viel - Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig - nicht zu viel - solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne. Eine transatlantische Partnerschaft für die rechtsstaatlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Veränderungen, die wir im 21. Jahrhundert dringend brauchen, sieht anders aus.

Dr. Patrick Breyer
und Fraktion